

STEFAN BOLLINGER

Keine Menschenrechte ohne Power

»Armen kann man nur helfen,
in dem man ihnen Zugang zur Macht gibt«

Diese Einsicht des südafrikanischen Theologen *Renier Koegelenburg* (Republik Südafrika) spitzte die Schlußfolgerungen einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum zu, die Wissenschaftler, Theologen, Menschenrechtler und Interessierte aus vier Kontinenten vom 10. bis 12. März 1995 vereinte. Im Kontrast zum gleichzeitig stattfindenden Kopenhagener Sozialgipfel wurden »Chancen und Grenzen sozialer Menschenrechte« diskutiert.

Ein anderer Südafrikaner, der Wirtschaftsminister der West-Cape-Provinz *Chris Nissen* (Republik Südafrika), betonte, daß viel Geld für internationale Resolutionen ausgegeben wird, die aber nichts wert sind, wenn Regierungen sich nicht zum Handeln verpflichten. Die Diskussion zeigte, daß die in Dokumenten von UNO oder Europäischer Union fixierten sozialen Menschenrechte (auf Arbeit, Ernährung, Wohnen, Bildung, Gesundheit) lange unter Druck des Ost-West-Konflikts standen. Der Westen war zu gern bereit, jenes von Roosevelt formulierte antifaschistische Kriegsziel von 1941, um »die Freiheit von materieller Not« (gleichberechtigt neben der Freiheit der Rede, der Freiheit des Glaubens und der Freiheit von Furcht) zu kämpfen, wieder zu vergessen. Der Ostblock verfocht soziale Rechte, gegen die der Westen auf die bürgerlich-politischen setzte. Menschenrechte wurden Kampfmittel im Kalten Krieg, wie *Hans-Michael Empell* (Heidelberg) nachwies. Das Ende der Blöcke bot die Chance, diese Thematik zu entpolitisieren und hätte das Entgegensetzen beider zusammengehörenden Rechtsgruppen beenden können.

Stephen J. Lwitutte (Uganda) sieht die Möglichkeit eines Zusammenklingens von Demokratie, wirtschaftlichem Fortschritt und sozialen Rechten. In der Praxis gibt es das aber kaum. Der Münchner Völkerrechtler *Bruno Simma*, deutscher Vertreter im UN-Ausschuß für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, machte eher die Hilflosigkeit solcher Forderungen deutlich. Dieser Ausschuß, von den Staaten ohne jeden Apparat gelassen, kann Berichte der UN-Mitglieder entgegennehmen, auch rügen, ist aber nicht berechtigt, Sanktionen zu verhängen. Man hofft auf ein Protokoll, mit dem individuelle Beschwerden bei Menschenrechtsverletzungen auf diesem Gebiet möglich würden, ähnlich wie schon bei den bürgerlichen Rechten. Die Chancen dafür stehen schlecht, denn schon jetzt mauern die Regierungen, zumal die in Bonn.

Überhaupt schmückt sich Bonn gern mit Erfolgsberichten zu

Stefan Bollinger - Jg. 1954, Dr.sc.phil., Politikwissenschaftler; abgewickelter Hochschuldozent und Wissenschaftsbereichsleiter; gegenwärtig Dozent in der Erwachsenenbildung; wissenschaftliche Arbeitsschwerpunkte: Krisen- und Konflikttheorie, Transformationsprozesse, Utopieforschung, Parteien und neue soziale Bewegungen

»Im Bewußtsein vieler Menschen, vor allem in den westlichen Ländern, wird der Begriff der Menschenrechte auf die bürgerlichen und politischen Rechte reduziert. Demgegenüber macht der Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte deutlich, daß Fragen, die sich auf

den Menschenrechten, ohne aber Schwachstellen zu benennen, geschweige denn über soziale Rechte in Deutschland zu berichten. Fast sechs Millionen ohne Arbeit, rund sieben Millionen Arme, eine dreiviertel Million Nichtseßhafte und Obdachlose in der Bundesrepublik sind so nur unerhebliche »Randerscheinungen« der erfolgreichen »Marktkräfte«. Verständlich, daß der Vertreter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, *Andreas Rauch* (Bonn), wenig mit sozialen Menschenrechten in der Entwicklungspolitik anzufangen wußte. Er mußte sich die Kritik von Nichtregierungsorganisationen gefallen lassen, daß von der bescheidenen deutschen Entwicklungshilfe real nur etwa 7 Prozent für soziale Zwecke aufgewendet werden anstelle der durch Einrechnung von Infrastrukturprojekten verkündeten 14 bis 16 Prozent.

Aber das ist angesichts der weltweiten Dominanz neoliberaler Wirtschaftspolitik nicht verwunderlich. Manche Teilnehmer dachten angesichts dieser Ordnungspolitik laut darüber nach, ob das nicht ein Bruch des Völkerrechts sei. *Roberto Pineda* (El Salvador) wies auf den Widerspruch zwischen der Regierungsverpflichtung für das Ausfüllen sozialer Rechte und dem Druck von IWF und Weltbank auf den Abbau von Sozialleistungen hin. *Dan Apostou* (Tschechien) stellte heraus, daß auch in Osteuropa der Markt zum Selbstzweck geworden ist. Für *T. Rajamoorthy* (Malaysia) wird heute ein Kalter Krieg des Nordens gegen den Süden geführt, in dem die Verwirklichung sozialer Rechte fast unmöglich wird. Westliche Forderungen, sie umzusetzen, erscheinen so als Heuchelei oder Trojanisches Pferd, mit dem in die Souveränität dieser Länder eingegriffen wird. Die Industrieländer werden selbst ihrem moralischen Anspruch nicht gerecht und die Entwicklungsländer haben keinerlei Chance, beispielsweise IWF oder Weltbank zu kontrollieren und die internationalen Beziehungen zu demokratisieren.

In der Diskussion herrschte die Einsicht vor, daß ohne mehr Power von unten sich nichts ändert, wie es eine pensionierte sozialdemokratische Oberstudienrätin auf den Punkt brachte. *Rolf Künnemann* (Heidelberg), Generalsekretär der FIAN, einer Menschenrechtsorganisation, die sich für das Recht auf Ernährung einsetzt, plädierte für den Ausbau der Zivilgesellschaft. Nicht wenige Teilnehmer begriffen, daß es weniger um juristische Spitzfindigkeiten als um eine Wende im Bewußtsein und letztlich in der herrschenden Wirtschaftspolitik gehen muß, wenn die Menschen ein menschenwürdiges Leben wollen.

die Arbeit, den Arbeitslohn, die Arbeitsbedingungen sowie die sonstigen im Pakt geregelten Bereiche beziehen, ebenfalls Menschenrechtsprobleme betreffen können. Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte haben prinzipiell den gleichen Rang wie die bürgerlichen und politischen Rechte.«
Hans-Michael Empell (Heidelberg)

»Der UN-Ausschuß zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten wurde erst spät gegründet und wenig beachtet. Das hat aber den Vorteil, daß nach 1989 die Frage dieser Rechte endlich entpolitisiert wurde ... Künftig soll das Berichtssystem der Staaten durch die Möglichkeit von Individualbeschwerden ergänzt werden. Dazu ist ein Fakultativprotokoll notwendig, für das sich einige Staaten bereit finden müßten. Die deutsche Regierung wird das sicher nicht sein.«
Bruno Simma (München, deutscher Vertreter im UN-Ausschuß für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte)